



europian

Magazin zur Stadt- und Regionalentwicklung

KLIMA? KLIMA!

Eine stetige Herausforderung für
Stadtplanung und Kommunen

1 | 2020



In dieser Ausgabe

3

Der europlan im neuen Gewand

4

Klimaschutz in der Bauleitplanung

Rechtliche Rahmenbedingungen und ihre Anwendung

6

Klimawandel in der Stadtplanung

Interview mit Prof. Mario Tvrtković, Professor für Städtebau
und Entwerfen an der Hochschule Coburg

8

Klimaanpassung in der Stadtteilentwicklung

Wichtige Maßnahmen für den Umbau der Städte

10

Going green? Städte im Klimawandel

Ljubljana und Bogotá als Beispiele für kreative Lösungen

12

Klimaschutz von unten

Bürgerschaftliches Engagement

13

Neues Online-Tool

Ein analytisches Werkzeug für die Stadtplanung

14

Und sonst?

Neuigkeiten vom Ebertplatz

15

Kontakt und Impressum

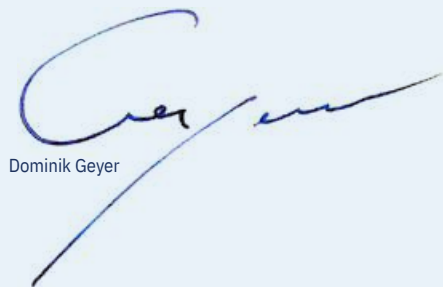
Der europlan im neuen Gewand

Wir freuen uns, Ihnen unseren neuen europlan vorstellen zu dürfen. Neu ist vor allem, dass wir uns zukünftig nicht mehr nur unseren Projektberichten widmen, sondern in einer Folge von „Themenheften“ **aktuelle Aufgaben in der Stadt- und Regionalplanung** aufgreifen werden. Und Hand auf's Herz, was lag im ersten Quartal des Jahres 2020 näher, als den Klimaschutz mit all seinen Facetten aus Sicht der Stadt- und Regionalplanung zu beleuchten? Nun hat uns die Corona-Krise rechts überholt, und das Thema Klima ist fast in den Hintergrund getreten.

Die letzten Monate hat die Pandemie unser Leben bestimmt. Auch diese Krise umfasst viele Themen für die Stadtplanung: die veränderte Nutzung des öffentlichen Raums, die Situation des Handels, der Gastronomie und der Dienstleister und damit neue Herausforderungen für unsere Innenstädte, die Digitalisierung, neue Arbeitswelten, das veränderte Verkehrsverhalten. All diese Themen würden einen eigenen europlan füllen können, aber der Klimawandel ist so allgegenwärtig und wird uns noch sehr viel länger beschäftigen als das Virus und seine Auswirkungen. Und damit war klar: das Klima ist und bleibt Thema unseres Hefts.

Im ersten Beitrag stellt unsere neue Kollegin Sina Vielberg die **planungsrechtlichen Möglichkeiten und Grenzen zum Themenfeld Klimaschutz** dar, mit unerwartetem Fazit. Ursula Mölders interviewt Prof. Mario Tvrtković, der sich in seiner Hochschularbeit sehr weitgehend mit dem Thema Klimaschutz auseinandersetzt und sich auch privat bei Parents For Future und Science For Future engagiert: „**Was können wir Planer*innen tun?**“ ist die zentrale Frage. Der Artikel von Dr. Bettina Lelong geht über die Bauleitplanung hinaus und stellt einen **Katalog an Maßnahmen vor, die sowohl Klima schützend wie Klima resilient wirken**. Handwerkszeug für jede*n Planer*in. Phillip Dreger wirft einen Blick über die europäischen Grenzen und stellt die Frage, **wie Kommunen in anderen Ländern dem Klimawandel begegnen**. Und last not least gibt Ursula Mölders Anregungen, wie wir alle mit persönlichem Einsatz einen zwar **kleinen, aber in der Summe sehr wichtigen Beitrag zum Klimaschutz** leisten können. Außerdem stellen wir Ihnen **ein neues Online-Tool für die Bewertung der Klimasituation** vor.

Insgesamt ein Bündel an Anregungen und auch Ansporn, das Thema Klimaschutz aktiv zu gestalten – auch und gerade in Zeiten, in denen andere Themen vordergründig wichtiger zu sein scheinen.



Dominik Geyer



Klimaschutz in der Bauleitplanung

Mit der Novellierung des BauGB vom 22. Juli 2011 und der Einführung der Klimaschutzklausel wurden Klimaschutz und Klimaanpassung als Planungsleitziele festgeschrieben. Während Klimaschutz das Ziel hat, dem Klimawandel entgegenzuwirken, soll die Klimaanpassung die nicht mehr vermeidbaren Auswirkungen des Klimawandels verringern.



Grundsätzlich ist in § 1 Abs. 5 Satz 2 BauGB geregelt, „den Klimaschutz (und die Klimaanpassung), insbesondere auch in der Stadtentwicklung, zu fördern“. Im Bebauungsplan können demnach mit Verweis auf die in § 1 BauGB dokumentierten Grundsätze über zeichnerische und textliche Festsetzungen verschiedene Aspekte des Klimaschutzes verankert werden. Dies kann z. B. über die Festlegung der Baukörperstellung und/oder Höhe erfolgen. Eine Verringerung des Wärmebedarfs durch kompakte Strukturen

oder Nutzung passiver Sonnenenergie wird möglich. Auch können Maßnahmen zur Vermeidung von Kühlenergiebedarf, wie Begrünung von Dach und Fassaden oder eine selbstverschattende Bauweise, über Festsetzungen im Bebauungsplan gesteuert werden. Die Ausweisung von Grünflächen zum Erhalt einer Kaltluftschneise, die Erhöhung des Vegetationsanteils zur Verbesserung des Mikroklimas, bauliche Verdichtung im Einzugsbereich von Haltestellen im ÖPNV sowie ein Anschlusszwang an erneuerbare Energien sind ebenfalls Optionen, die über Festsetzungen im Bebauungsplan möglich sind.

Aber: Trotz dieses weitgreifenden Instrumentenkastens werden die planungsrechtlichen Möglichkeiten zur Erreichung der Klimaschutzziele nur bedingt ausgeschöpft –

selbst in Zeiten zunehmend drängenden Handlungsbedarfs.

Ein Beispiel: Ein Bebauungsplan, der die Entwicklung eines Gewerbegebiets für innovative und zukunftsfähige Branchen und Unternehmen unter besonderen klimaschützenden Maßnahmen zum Ziel hat, ist der Bebauungsplan Nr. 259/PA in der Kreisstadt Bergheim. Die Aufstellung des Bebauungsplans „INKA :terra nova“ ist ein gemeinsames Projekt der Städte Bergheim, Bedburg und Elsdorf sowie des Rhein-Erft-Kreises im Zweckverband :terra nova. Es werden die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung eines 20 ha großen interkommunalen klimaoptimierten Kompetenzareals für Energiewirtschaft geschaffen.

Im Zuge der vorbereitenden Rahmenplanung zum Bebauungsplan wurden zunächst beispielhaft Varianten dargestellt, wie die Energie- und Wärmeversorgung des Gewerbegebiets über Blockheizkraftwerke bzw. Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen erfolgen könnte. Auch wurden Festsetzungsmöglichkeiten diskutiert, über die eine Eingrenzung der Branchen vorgenommen werden kann, die mit dem Thema „regenerative Energien“ verlinkt sind.

Rahmengebende Festsetzungen

Allerdings hat sich sehr schnell gezeigt, dass eine Brancheneingrenzung im Rahmen eines Angebotsbebauungsplans faktisch nicht möglich ist. Für das Plangebiet sind die Nutzer und Betriebe noch nicht bekannt, und eine Positiv- wie Negativliste von Unternehmen sprengt die planungsrechtlichen Möglichkeiten. Auch vom Anschlusszwang an bestimmte Energien wurde Abstand genommen, ebenso wie von Vorgaben zur Fassaden- und Dachbegrünung.

Stattdessen wurden im Bebauungsplan rahmengebende Festsetzungen zum Klimaschutz getroffen. Diese sind u. a. Begrenzung des Flächenverbrauchs durch sparsame Erschließung, das Ermöglichen kompakter Siedlungsstrukturen und die Schaffung größerer Grünflächen innerhalb des Gebiets sowie weitläufige Freiflächen am Rand des Baugebiets als „Forschungs- und Entwicklungsflur“. Durch geplante Infrastrukturtrassen wird die Nutzung standortnaher Energien von Windenergieanlagen, Wärme der Sumpfungswasser sowie Biogasanlagen ermöglicht. Anlagenbezogene Festsetzungen baulich-technischer Art wurden allerdings nicht getroffen. Hierfür gibt es zwei Gründe:

- Wenn das gesamte Register an klimarelevanten Festsetzungsmöglichkeiten gezogen wird, kann dies zur (wirtschaftlich bedingten) Nicht-Umsetzbarkeit der Planung führen.
- Wenn auf der anderen Seite nur eine bestimmte Auswahl an anlagebezogenen klimarelevanten Festsetzungen getroffen wird, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, an den Möglichkeiten eines ansiedlungswilligen Unternehmens vorbei zu planen.

In beiden Fällen wird wirtschaftliches Investment maßgeblich verhindert.

Festzuhalten ist: wenn die künftigen Nutzer noch nicht feststehen, ist es kaum möglich, anlagebezogene Festsetzungen zum Klimaschutz umzusetzen.

Am Beispiel dieses Bebauungsplans, der sich noch im Planverfahren befindet, wird deutlich, dass es nicht empfehlenswert ist, das Thema Klimaschutz vollständig in das starre Korsett der Bauleitplanung zu pressen. Viel zu schnell kann der Effekt eintreten, dass bei misslungener Unternehmensakquisition (infolge zu weitgreifender Festsetzungen) am Ende sämtliche Klimaschutzziele aufgegeben werden und ein „normales“ Gewerbegebiet entsteht. Die Zahl der geplanten klimaoptimierten Gewerbegebiete ist groß, und fast genauso groß ist die Zahl der daraus entstandenen 08/15-Gewerbegebiete.

Es kann unter den aktuellen Vorzeichen des Klimawandels jedoch nicht richtig sein, hier zu resignieren und das Thema aus der Planung auszublenden. Alternativ sollten ergänzend zu den rahmengebenden Festsetzungen weitere Strategien angewandt werden:

- Die Kommune definiert eine Auswahl an Umweltstandards, von denen ein bestimmter Anteil umgesetzt werden muss. Diese Umsetzung wird im Grundstückskaufvertrag verbindlich festgelegt.
- Im Rahmen städtebaulicher Verträge werden klimarelevante Qualitätskriterien verankert, die durch den Vorhabenträger umzusetzen sind.

Konsensorientierter Klimaschutz

Vorteil dieser Vorgehensweisen ist, dass klimarelevante Maßnahmen vereinbart werden können, die auf die Unternehmen zugeschnitten sind. Wichtig ist auch die Selbstverpflichtung der Kommune zur innovativen und klimafreundlichen Entwicklung, d. h. auch die öffentliche Infrastruktur soll dem Anspruch hoher Klima- und Umweltstandards

Individuell zugeschnittener Klimaschutz versus Festsetzungen zum Klimaschutz ohne Chance auf konsequente Umsetzung

entsprechen. Ergo: Die in Grundstückskaufverträgen oder in städtebaulichen Verträgen verankerten Qualitätsstandards müssen politisch beschlossen sein und auch durch die Selbstverpflichtung zur Einhaltung dieser Standards belegt werden.

Im Ergebnis wird eine Kombination an bauleitplanerischen Festsetzungen, vertraglichen Vereinbarungen und die Selbstverpflichtung zu hohen Standards empfohlen. Diese Herangehensweise ist nicht weniger verbindlich, hat aber den maßgeblichen Vorteil, dass sie realistische Umsetzungsmöglichkeiten bietet und damit dem Klimaschutz und der Klimaanpassung mehr dient als hochgesteckte, aber nicht umsetzbare Vorgaben.

Sina Vielberg
**Stadt- und
Regionalplanung
Dr. Jansen GmbH**

Klimawandel in der Stadtplanung

Prof. Mario Tvrtković ist seit 2013 Professor für Städtebau und Entwerfen an der Hochschule Coburg. Seine Schwerpunkte liegen in der nachhaltigen Regional-, Stadt- und Dorfentwicklung. Ursula Mölders stellt ihm sieben Fragen zum Klimaschutz.

„Lieber Herr Tvrtković, Wir kennen uns von den Parents und Science for future. Sie kämpfen für die Anerkennung und Realisierung der wissenschaftlich schon lange bekannten Erkenntnisse zum Klimawandel. Obwohl die Fakten längst auf dem Tisch liegen: Woran liegt es, dass wir uns bis heute noch so unzureichend auf den Klimawandel eingestellt haben?“

Es liegt nicht an mangelndem Wissen oder rechtlichen Instrumenten. Es fehlt an positiven Zukunftsbildern abseits der tradierten Bilder der letzten 50 Jahre. Gerade hier liegt die Kernaufgabe der Planer*innen, positive Zukunftsbilder zu entwerfen und Akteure und Politik mitzunehmen. Klimaanpassungsstrategien können nur in Allianzen mit integrativem und kooperativem Vorgehen gemeistert werden. Wir brauchen eine größere Bereitschaft, über die Disziplinen und Zuständigkeiten hinaus zusammenzuarbeiten.

„Wo sehen Sie die Verantwortung der Planer*innen?“

Planer*innen wissen seit Mitte der 1960er Jahren und der breiten Kritik an der funktionalen und autogerechten Stadt, dass wir ein strukturelles Problem haben. Die mit guten Absichten angedachte Trennung von Arbeiten, Wohnen, Freizeit etc. und der Fokus auf den motorisierten Individualverkehr sind immer noch in der Baunutzungsverordnung verankert. Um die Klimaziele zu erreichen, brauchen wir fortgeschriebenes Planungsrecht, für das sich alle stark machen müssen. Vor Ort muss Planung sich an Prinzipien des Gemeinwohls und nachhaltiger Entwicklung orientieren. Es braucht neue systemische Leitplanken für eine nachhaltige Ordnungspolitik.

„Wie können politische Gremien überzeugt werden, tradiertes Entscheiden und Agieren abzulegen?“

Zuerst brauchen wir einen breiten Konsens darüber, was eine lebenswerte Stadt jetzt und in der Zukunft ausmacht und eine neue, erweiterte Definition von Wohlstand, bei der Qualität statt Quantität zählt. Hier bietet die Fortschreibung der Leipziger Charta eine große Chance. Es braucht neue Allianzen zwischen allen gesellschaftlichen Gruppen und offene Diskussionen der Politik, der Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft etc. Klimabeiräte auf Ebene der Kommunalparlamente wären ein gutes Instrument.

„In der Klimabewegung wird oft ein „Weniger“ auf allen Ebenen zum Erreichen des 1,5-Grad-Ziels genannt. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass ein Durchgreifen des Staats auf Grundlage eines gesellschaftlichen Konsenses möglich ist. Kann das beispielgebend für einen Umgang mit der Klimakrise sein?“



Ich habe den Verdacht, dass es am Ende schädlich sein könnte. Wir müssen vielmehr gemeinsam Mut aufbringen, um neue Wege zu gehen. Die Corona-Pandemie führt uns vor Augen, dass exponentielles Wachstum häufig Probleme schafft und verstärkt. Analog wäre der Umgang mit der Siedlungsfläche der Jahrzehnte zu bewerten. Bei Mobilität ist es evident. Mobilität ist zunächst ein soziologischer Begriff und beinhaltet alle Ebenen inkl. der geistigen Mobilität. Persönlich bin ich für mehr Mobilität, jedoch für weniger Individualverkehr. Die Diskussion darf nicht vom „Verbotsnarrativ“ geprägt werden. Denken Sie an Kanalisation oder Müllabfuhr. Da spricht niemand vom „Aussetzen der Freiheit der Ablagerung von Müll“ im Straßenraum. Vielmehr sind dies Werte einer lebenswerten Stadt. Treibhausgase sind ein Abfallprodukt, das global für alle große Schäden verursacht. Wir brauchen globale Leitlinien für diese globale Aufgabe.

„ Kann die Stadtplanung eine proaktive Rolle im gesellschaftlichen Veränderungsprozess einnehmen?

Sie kann und muss es sogar. Einerseits muss Planung für den Ausgleich zwischen den Interessen sorgen, andererseits muss die Planung mutig sein und neue Wege gehen. Die DASL hat als Megathema zum 100-jährigen Bestehen im Jahr 2022 „Klimaanpassung und Klimaschutz“ ausgerufen. Die neue Generation der Planer*innen ist bereits sehr aktiv. Hier ist das studentische Thesenpapier „Planning for Future – Transformation gestalten“ zu nennen (PlanerIn Heft 4_19). Es lohnt sich zu lesen.

„ Klimaschutzprogramme, Klimaschutzmanager, 70 Städte mit Klimanotstand. Reicht das an Bewusstmachung der Dringlichkeit des Themas?

Für die interne und externe Vermittlung ist das sehr wichtig. Städte und Gemeinden sind die wichtigsten Ebenen

im Kampf gegen die Klimakrise und für eine lebenswerte Umwelt an sich. Der öffentlichen Verwaltung messe ich hier eine sehr hohe Bedeutung zu. Aber kommunale Verwaltungen brauchen mehr Handlungsspielraum und Mut in der Politik.

„ Was sind Ihre Empfehlungen an alle Planer*innen in der Praxis und an die Kommunen?

Wir sollten uns mehr trauen. Regionale und sektorenübergreifende Zusammenarbeit, Bildung neuer Allianzen zwischen Stadt, Umland und Region, mehr Mitwirkung und Teilhabe. Ganz wichtig ist eine vorausschauende aktive Bodenpolitik. Wir müssen parallel mehrere Felder wie Mobilität, Wohnen, Ressourcen etc. bearbeiten. Wir brauchen eine urbane Wende. Hierzu können die freischaffenden Planer*innen einen großen Beitrag leisten.



Das Interview führte
Ursula Mölders
Stadt- und Regionalplanung
Dr. Jansen GmbH

Klimastrategien in der Stadt(teil)entwicklung

Wichtige Maßnahmen für den Umbau der Städte

Das Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung gibt CO₂-Minderungsziele vor. Mit dem aktuellen Aufruf der Landesregierung NRW für die Städtebauförderung 2021 wird diesem Ziel Rechnung getragen; Städtebauförderung soll zukünftig in besonderem Maße die zukunftsfähige, nachhaltige und moderne Entwicklung der Städte und Gemeinden fördern. Jeder Antrag auf Städtebauförderung muss Projekte des Klimaschutzes berücksichtigen. Welche Strategien und Maßnahmen für die zukünftige Stadtteilentwicklung u. a. wichtig sind, wird hier beleuchtet.

Die heißen und trockenen Sommer der letzten Jahre haben gezeigt, wie notwendig der Umbau zu hitzeangepassten und klimaresilienten Städten geworden ist. Aber: Unsere Städte und gerade die innerstädtischen und verdichteten Stadtteile sind äußerst schlecht auf den Klimawandel und seine Auswirkungen vorbereitet. Versiegelte Flächen, Straßenzüge mit geringer Luftzirkulation, asphaltierte Innenhöfe und großflächige Parkplätze dominieren nach wie vor das Bild unserer Städte. Lokale, integrierte Anpassungsstrategien und schnelle Lösungen sind in der Stadtplanung erforderlich. Die wichtigsten Aspekte sind energetische Gebäudesanierungen, die Verbesserung der grünen Infrastruktur, Flächenentsiegelung und -recycling, klimafreundliche Mobilität, Nutzung klimafreundlicher Baustoffe, Erhalt, Erweiterung, Schaffung und Vernetzung von Grünflächen und Freiräumen sowie Begrünung von Baukörpern und Erhöhung der Biodiversität (siehe Aufruf Städtebauförderung 2021 NRW, S. 7).

Die durchgrünte Stadt

Bei dieser Auflistung fällt der hohe Anteil an „grünen“ Zielen auf. Jede*r, der an einem heißen Tag aus einem kühlen, begrünten Innenhof in einen durch Asphalt und Stein geprägten aufgeheizten Straßenraum tritt, erfährt den Effekt hautnah. Die „grünen Ziele“ müssen aufgrund der immensen positiven Effekte zukünftig von der öffentlichen Hand, aber auch von Eigentümer*innen und Mieter*innen in höchstem Maße berücksichtigt werden. Es geht um eine vertikal sowie horizontal flächendeckend durchgrünte Stadt. Park- und Straßenbäume, Fassadenbegrünung, Balkonbepflanzungen; alles hilft! Fachkolleg*innen fordern bereits, dass eine Grünflächenzahl (= GÜFZ) in der Baunutzungsverordnung verankert wird (Stadt und Raum 5/2019, S. 262), mit welcher der Anteil an vertikalem und bodengebundenem Grün bestimmt werden soll.

Straßenräume als Aufenthaltsbereiche für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen

Konkret heißt das: Straßenräume müssen sich zukünftig zu multifunktionalen, begrünten Räumen mit hoher Gestalt- und Aufenthaltsqualität wandeln. Die Dominanz des Autoverkehrs muss verringert und die Straße von der autogerechten Achse zu einem stadtgerechten Lebensraum werden. Die (meisten) Straßenräume müssen dafür neu geordnet werden: Rad- und Gehwege müssen verbreitert, Fahrbahnbreiten reduziert werden, Abbiegespuren sollen wo möglich entfallen und Stellplätze zu Fahrradabstellanlagen und Baumscheiben umgestaltet werden.

Grüne und blaue Infrastruktur neu denken

Die deutliche Erhöhung von bevorzugt klimawandelangepassten Straßen- und Parkbäumen sorgt für Verschattung, Verdunstung und eine Filterung der Luft. Verschattete Fassaden heizen sich nicht so stark auf, sodass auch die nächtliche Abkühlung größer ist. Um den Hitzestress bei den Straßenbäumen zu reduzieren, muss auf ausreichend große Baumscheiben geachtet werden. Angesichts der sich häufenden Trockenperioden ist es essentiell, dass das anfallende Niederschlagswasser nicht mehr nur in die Kanalisation abgeleitet wird. Vielmehr muss Regenwasser aufgefangen und den Straßenbäumen zugeleitet werden, üppige Niederschläge können über entsprechende Systeme auch vorbeugend gesammelt und in Trockenperioden wieder abgegeben werden.

Um für Starkregenereignisse widerstands- und anpassungsfähig zu werden, müssen innerstädtische Multifunktionsflächen geschaffen und Elemente wie Rinnen, Rigolen oder Tiefbeete kombiniert werden, oder Bewegungs- und Spielplätze verwandeln sich temporär in Regenrückhaltebecken. Wenn straßenbegleitende Stellplätze entfallen, müssen hier Versickerungsmöglich-



Vertikale grüne Infrastruktur für das Gebäude- und Stadtklima



Von Wasserspielen profitieren nicht nur Kinder sondern auch Bewohner*innen durch spürbare Kühlwirkung



Ein schattiges Plätzchen als Ausgleich zum aufgeheizten Straßenraum

keiten geschaffen werden. Eine bodennahe Begrünung ergänzt diese Maßnahme. Bushaltestellen sollen begrünt werden und neben Regenschutz filternde und kühlende Aufgaben übernehmen. Darüber hinaus wirkt sich Wasser in Kombination mit Begrünungsmaßnahmen auf die Temperatur im Stadtraum aus. Von Wasserspielen, Wasserspielplätzen, Wasserrinnen oder Wasser- und Springbrunnen profitieren neben den positiven Bewegungs- und Spasseeffekten für die Kinder auch alle anderen Bewohner*innen durch eine spürbare Kühlwirkung. Eine konzeptionelle Leitidee können auch vernetzte „Grünen Inseln“ sein, die in der Stadt verteilt als ökologische Trittsteine integriert und verbunden werden, ob auf Plätzen in der Stadt oder auf großflächigen Parkplätzen. Die Inseln können als urbane Gärten ausgestaltet sein, die von Anwohner*innen, Schulen oder kleinen Patengruppen betreut werden.

Neben dem öffentlichen Raum sind weitere wichtige Maßnahmen bei den privaten Immobilien zu sehen: Dabei geht es vorrangig um die konsequente Entsiegelung und Begrünung von Hinterhöfen, Dächern und Fassaden. Auch hier gilt, die Aufheizung abzusenken und die Wohnqualität zu verbessern. Eigentümer*innen sollen nachhaltig ermutigt und über die Städtebauförderung auch unterstützt werden, entsprechende Maßnahmen umzusetzen. In Anbetracht der Dringlichkeit, die Stadträume klimagerecht und klimaresilient zu gestalten, sollten selbst

punktuellen Rückbaumaßnahmen von Gebäuden in Erwägung gezogen werden. Dies sind zwar sehr weitgreifende Maßnahmen, aber gut positioniert und als Pocket-Park kann die Öffnung von geschlossenen Baufluchten zu einer deutlich verbesserten Durchlüftung im Stadtteil führen.

Ziele zusammenführen

Bei allen „grünen“ und „blauen“ Konzepten ist die Erhöhung der Biodiversität und der klimaangepassten Baum- und Pflanzarten in Verbindung mit Wasserinfrastruktur erforderlich. Die grüne und die blaue Infrastruktur in den Vordergrund zu stellen, soll zu einem ganzheitlichen Planungsansatz führen, bei dem die ökologischen, sozialen und ökonomischen Ziele der Stadtentwicklung zusammengeführt werden.

Selbstverständlich gibt es zahlreiche weitere Maßnahmen, Ideen und Ansätze zur Zielerreichung. Gleichwohl zeigen allein die hier aufgeführten Anregungen, dass unsere Stadt(teil)entwicklung eine andere Sichtweise auf die Zukunft der Stadt braucht. Integrierte Stadtentwicklungskonzepte müssen zukünftig die Fragen des Klimaschutzes und der Klimaresilienz beantworten. Auch wenn andere Sorgen und Nöte gerade die Welt in Schach halten: Der Klimawandel ist spürbar. Die Hitze- und Starkregenereignisse der jüngeren Vergangenheit machen in aller Deutlichkeit klar: Wir müssen handeln, und zwar jetzt!

Dr. Bettina Lelong
**Stadt- und
Regionalplanung
Dr. Jansen GmbH**

Going green? Städte im Klimawandel

Ljubljana und Bogotá als Beispiele für kreative Lösungen



Es gibt insgesamt 67 unterirdische Müllcontainer in Ljubljana, getrennt nach Papier-, Verpackungs-, Glas-, Rest-, und Bioabfall

Städte spielen in der Auseinandersetzung mit dem Klimawandel eine Doppelrolle: Auf der einen Seite tragen sie als „Klimakiller“ mit hohen Emissionen zum Klimawandel bei. Auf der anderen Seite sind sie auch Orte für kreative Lösungen. Die beiden Hauptstädte Ljubljana in Slowenien und Bogotá in Kolumbien könnten kaum unterschiedlicher sein und haben doch eines gemeinsam: Beide Städte gelten in einem bestimmten Bereich als Vorreiter in grüner Stadtentwicklung. Ljubljana trägt den Titel als Europas „Zero Waste“-Hauptstadt, Bogotá gilt als die Fahrradstadt in Lateinamerika.

Zero Waste in Ljubljana

Die Zero Waste-Bewegung in Ljubljana entstand mit dem EU-Beitritt Sloweniens im Jahr 2004. Bis dahin gab es in der Stadt kein Trennsystem – alle Abfälle gingen direkt zu einer Mülldeponie. 16 Jahre später ist Ljubljana die erste europäische Hauptstadt, die sich selbst dem Zero Waste-Ziel verschrieben hat. Bis 2025 will die Stadt mindestens 75 % ihres gesamten Abfalls recyceln.

Die ersten Schritte zur Zero Waste-Hauptstadt führten zu einer Verbesserung der Mülltrennung. Die Stadt begann, regelmäßig verschiedene Abfallarten von Tür zu Tür abzuholen. Entscheidend war hier jedoch vor allem eine Veränderung: Die Abholzeiten für Bio- und Verpackungsmüll wurden erhöht, die Abholungen für Restmüll halbiert. Wer also nicht lange zu Hause auf dem eigenen Restmüll herumzusitzen wollte, musste anfangen, den eigenen Abfall zu trennen. Der Widerstand blieb nicht aus.

Voka Snaga ist das öffentliche Abfallunternehmen und mit der Stadt Ljubljana sowie neun weiteren Gemeinden aus dem Umland für die Abfälle von 380.000 Personen verantwortlich. Das Unternehmen hat früh erkannt, dass eine professionelle Kommunikationsstrategie entscheidend ist, um die Bürger*innen der Stadt von einer nachhaltigeren Abfallwirtschaft zu überzeugen. Über mehrere Profile in verschiedenen Sozialen Medien stehen die Mitarbeitenden von Voka Snaga in regelmäßigem Kontakt mit der lokalen Bevölkerung. Dem Unternehmen gelang es zudem, eine Berichterstattung in der lokalen Presse zu erreichen, in der die Vorteile der Abfalltrennung für die Bevölkerung hervorgehoben wurden.

Seit 2015 liegt der Fokus der Stadt Ljubljana nicht mehr auf Mülltrennung, sondern auf Müllreduktion und Recycling. Mittlerweile liegt die Anzahl des nicht-recyclebaren Abfalls bei 121 kg pro Einwohner*in pro Jahr – der EU-

Verkehrsvielfalt auf der Avenida El Dorado in Bogotá, der Verbindung zwischen Innenstadt und Flughafen: Autostreifen, Busspur des Transmilenio und Fahrradautobahn



Durchschnitt liegt bei 285 kg. Seit Ende 2013 gibt es das erste Wiederverwendungs-Zentrum. Laut Umfragen recyceln fast 70 % der Einwohnenden ihre Produkte, 200 Produkte pro Tag werden in den zahlreichen Second-Hand-Läden der Stadt wiederverkauft und weiter genutzt.

Ciclovía und Ciclorutas in Bogotá

Wer zur Rush Hour in der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá unterwegs ist, wird kaum glauben können, dass die 7,4-Millionen-Einwohner-Stadt als ein Vorreiter für Fahrradinfrastruktur in Südamerika gilt. Die Straßen sind verstopft mit Autos, das öffentliche Bussystem, der Transmilenio, ist überfüllt und überlastet.

Seit 1974 werden jedoch den Autos in Bogotá jeden Sonntag und Feiertag von 7:00 bis 14:00 Uhr zahlreiche Straßen (insgesamt 120 km) genommen und für alle Bewegungsformen freigegeben, die keinen Motor nutzen. Nach ersten Protesten ist die sogenannte Ciclovía mittlerweile als Institution fest in der Kultur der Stadt verankert, auf die die Menschen stolz sind.

Die Ciclovía ist im ersten Sinne keine ökologische, sondern eine gesundheitliche und soziale Maßnahme, inspiriert von der Protestkultur der USA in den 1970er Jahren. Auf zahlreichen Bühnen werden nicht nur Musik, sondern auch kostenlose Sportprogramme dargeboten; es kommt zudem zu einem Austausch zwischen den sozio-ökonomisch stark segregierten Vierteln der Stadt. Mittlerweile gibt es Ableger der Ciclovía in vielen anderen Städten, z. B. in Los Angeles, Sao Paulo oder Guadalajara. Die Ciclovía hat aber auch einen großen Beitrag dazu geleistet, dass das Fahrrad in Bogotá mittlerweile ein Protest- und Kultursymbol geworden ist – mit konkreten Auswirkungen auf die Stadtplanung. Mit dem Ausbau des bereits 550 km umfassenden Radwegenetzes, den Ciclorutas, hat die erst im letzten Jahr neu gewählte Bürgermeisterin Wahlkampf gemacht. Der Bau von Radwegen ist zudem auch deutlich günstiger als der Bau einer U-Bahn, der in Bogotá lange versprochen wurde. Die Politik setzt noch weitere Anreize: Mitarbeitende im öffentlichen Dienst bekommen für 30 Tage, die sie mit dem Fahrrad zur Arbeit kommen, einen halben Tag frei und können sich so bis zu acht Tage mehr Urlaub „erradeln“.

Obwohl mehr als eine Million Menschen pro Tag mit dem Fahrrad in Bogotá unterwegs sind, leiden die Bewohner*innen immer noch unter der starken Luftverschmutzung durch den Autoverkehr. Bogotá ist in Rankings regelmäßig eine der Städte, in denen die Menschen am längsten im Stau stehen. Ausgelöst durch die Ciclovía hat sich aber das Fahrrad in den letzten Jahrzehnten einen festen Platz als ernstgenommene Alternative zum Auto erarbeitet.

Mehr Mut für eine grünere Stadtentwicklung?

Sowohl in Ljubljana als auch in Bogotá wurden die zunächst als einschneidend wahrgenommenen Maßnahmen von vielen Einheimischen kritisiert – bis die Vorteile deutlich wurden. In Ljubljana sind die Kosten für die Abfallsorgung für die privaten Haushalte in den letzten Jahren gesunken. Die Stadt hat selbst eine der geringsten Ausgaben für die Müllentsorgung im europäischen Vergleich. Läden, die Gebrauchtgegenstände verkaufen, haben sich zu Touristenattraktionen entwickelt.

In Bogotá hat sich das Fahrrad als Symbol für Armut hin zu Lifestyle und Politikum gewandelt. Durch die Ciclovía werden zahlreiche Jobs geschaffen, die vor allem Studierenden eine Einnahmequelle bieten. In der Corona-Krise wurden kurzfristig 76 km Radweg zusätzlich geschaffen, da Pendler*innen nicht wie üblich auf den Transmilenio zurückgreifen können.

Bei allen augenscheinlichen Unterschieden zeigen die Städte Ljubljana und Bogotá auf ihre jeweils eigene Art, dass sich Mut und Idealismus hin zu einer grüneren Stadtentwicklung auszahlen kann. Auf den ersten Blick radikal erscheinende Vorschläge aus der Politik oder Zivilgesellschaft erarbeiten sich im Lauf der Zeit Akzeptanz – insbesondere, wenn sie sich selbstbewusst gegen Kritik verteidigen und Bürger*innen ihre Vorteile kommunizieren können.

Philipp Dreger
**Stadt- und
Regionalplanung
Dr. Jansen GmbH**

Klimaschutz von unten



Es gibt viele ehrenamtliche und professionelle Initiativen, die seit Jahrzehnten im Klimaschutz arbeiten, tradierte „Größen“ vom ADFC bis zum WWF. Aber was können wir vor der eigenen Haustüre machen, was kann auf der Stadtteilebene und mit den Nachbarn initiiert werden? Hier einige Ideen, die wir im Rahmen unserer Quartiersmanagementprojekte anstoßen möchten.

Ein Beispiel für eine wichtige bürgerschaftliche Aktion ist GießtKölle. 2019 wurden die ersten Baumgieß-Aktionen in Kölner Parks, dem Stadtgarten, in der Kölner Südstadt, am Rheinpark und im Volksgarten initiiert. Ziel der Aktionen war es, die Kölner*innen auf die Not der städtischen Bäume in heißen Sommern aufmerksam zu machen und sie aufzurufen, selbst zu gießen. Mittlerweile sind bürgerschaftliche Gruppen in verschiedenen Stadtteilen unterwegs: GießtKölle in Widdersdorf, Lindenthal,

Bäume zu gießen ist wichtig, aber ebenso wichtig ist es, Bäume zu pflanzen.

Auch die Anzahl der bürgerschaftlichen Initiativen steigt, die gemeinsam mit Förstern oder Grundeigentümern Pflanzmaßnahmen umsetzen. Die Online Plattform Wiki-Woods zum Beispiel verfolgt das Ziel, über das Internet weltweite Baumpflanzungen zu organisieren, die von Freiwilligen lokal umgesetzt werden. Eine weitere Initiative ist „Deutschland forstet auf“ mit dem Ziel, Menschen zu vernetzen, die etwas anpacken wollen. Mit Hilfe der Plattform ist vorgesehen, dass Forstleute, Waldbesitzende und Freiwillige gemeinsam in den nächsten Jahren 100 Millionen Bäume pflanzen. Daneben gibt es zahlreiche Möglichkeiten, Baumspenden zu tätigen. Immer ein schönes Geschenk!

Bäume pflanzen, Bäume gießen – auf Basis bürgerschaftlichen Engagements

GießtKölle in Ehrenfeld/Bickendorf, GießtKölle in der Südstadt, GießtKölle in Porz usw. Auch die Stadt Köln unterstützt ehrenamtliches Engagement; Initiativen können ein Standrohr für kostenloses Wasser für Gießaktionen beantragen. Zudem besteht die Möglichkeit, einen Gießsack für den Baum vor der Haustür bei der Stadt zu bestellen. Viele andere Städte rufen ihre Bürger*innen auf, aktiv zu werden. Ein mustergültiges Anwendertool bietet die Stadt Berlin mit giessdenkiez.de.

Ein ebenso förderlicher Ansatz ist das Urban Gardening. Die Zahl der Initiativen und Kooperationen in Köln steigt stetig. Viele Menschen haben ihre Liebe zum Gärtnern entdeckt. Und wer keinen eigenen Balkon, eine Dachterrasse oder einen eigenen Garten hat, kann sich in den Kölner Gemeinschaftsgärten engagieren, so seiner Leidenschaft nachgehen und damit viele positive Klimaeffekte erzielen. Ein herausragendes Beispiel ist das „Kölner Neuland“. Die Initiative wurde 2011 gegründet und ist mittlerweile einer der größten Gemeinschaftsgärten in Köln. Es entstand ein „Ort für Umwelt- und Naturschutz sowie bürgerschaftliches Engagement“. Es werden Nutzpflanzen angebaut



**Insektenhotels
und Bienen-
kästen als Teil
des „Urban
Gardening“**

und gemeinsam gekocht. Daneben werden aber auch Wildblumenbeete angelegt, Obstbäume gepflanzt und zahlreiche Bienenkisten und Insektenhotels aufgestellt. Weitere Informationen und Beispiele sind unter dem Suchbegriff „we are city und urban-gardening“ in Köln im Netz zu finden.

Eine zunehmende Bedeutung erhalten auch die sich immer weiter verbreitenden Bürgerenergiegesellschaften. Bürgerinnen und Bürger sind gemeinsam Initiatoren und Eigentümer dezentraler Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien wie Solaranlagen, Bürgerwindparks oder auch Bioenergiedörfer. Typische Rechtsformen sind die Genossenschaft, die GmbH oder auch der Verein. Im Einklang

mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz kann über die dezentrale Versorgung ein herausragend wichtiger Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Ein gutes Beispiel ist das Bündnis Bürgerenergie BBEn e. V. aus Berlin. Die Initiative will erreichen, dass über die dezentrale, bürgernahe Energiewende endlich „alle Dächer mit Solaranlagen vollgepackt sind“. Unter dem Suchbegriff „Bündnis Bürgerenergie“ gelangt man direkt auf die Internetseite des Vereins.

Eine sehr hilfreiche Auflistung, wie man im Alltag mit mehr Bewusstsein zum Klimaschutz beitragen kann, bietet die Seite des NABU. Unter dem Suchbegriff „Klimaschutz-Tipps“ finden sich 77 wertvolle Tipps für die Kategorien Einkaufen, Kühlen, Kochen, Bad, Waschmaschine, Heizung, Größere Anschaffungen, Büro, Energieverbrauch im Haushalt allgemein, Verkehr oder Gesellschaft. So können alle jeden Tag ein wenig zum verringerten CO₂-Ausstoß unserer Gesellschaft beitragen! Alles was hilft!

Ursula Mölders
**Stadt- und
Regionalplanung
Dr. Jansen GmbH**

Neues Online-Tool mit Bewertung der aktuellen Klimasituation vor Ort

Ein analytisches Werkzeug für die Stadtplanung

Das Landesamt für Natur, Umwelt- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (LANUV), der Deutsche Wetterdienst (DWD) und die Stadt Bonn haben ein Online-Tool für Kommunen entwickelt, das seit Juni online verfügbar ist.

Das Tool bietet Stadtplanern und Kommunen die Möglichkeit, geeignete Klimaanpassungsmaßnahmen selbst für kleine Quartiere mühelos zu prüfen und zu planen.



Unter dem Suchbegriff „Klimaanpassung-Karte“ im Netz öffnet sich durch Anklicken von „FIS Klimaanpassung“ zunächst eine Karte des Landes NRW. Mit einem Klick auf „Hitzeangepasste Quartiersplanung“ im Feld Kartenansicht hat man die Möglichkeit, die genaue Adresse oder einen Stadtteil einzugeben. Daraufhin erscheint im Hintergrund eine parzellenscharf abgegrenzte Karte und ein Fenster mit dem dort befindlichen Bebauungs- und Freiflächentyp. Über einen weiteren Button erhält man die genauen Parameter des Gebiets wie Versiegelungsgrad, Überbauungsgrad, Gebäudehöhe, Flächengröße etc. Über den Button „Zur Auswahl der Anpassungsmaßnahmen“

gelangt man auf die Seite des Deutschen Wetterdienstes. Hier sind die Parameter des ausgewählten Gebiets wie Stadtgröße, Bebauungstyp und Bebauungsumgebung bereits festgelegt. Über die Auswahl der Anpassungsmaßnahme kann man nun anhand der Grafiken ersehen, welche Maßnahme den höchsten Klimaeffekt erzielen würde.

Das Tool ist intuitiv zu handhaben, sehr gut aufgebaut und liefert ausführliche Erklärungen zu den Maßnahmen. Außerdem geben Erklärvideos weitere Hinweise zur Bedienung. Ein rundum gelungenes Instrument, das uns Stadtplanern eine große Hilfe bei der täglichen Arbeit ist.

Dorothee Rodermann
**Stadt- und
Regionalplanung
Dr. Jansen GmbH**

Und sonst?

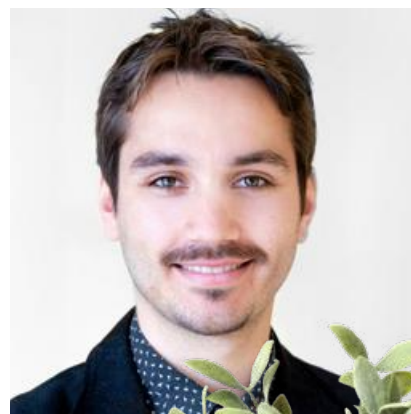
Neuigkeiten vom Ebertplatz



Annalena Grobbel

Corona-Krise hin oder her – der Arbeitsalltag im Büro bleibt spannend und voller Herausforderungen. Zum einen können wir gleich vier neue Kolleg*innen in unserem Team begrüßen. Zwei davon, **M. Sc. Städtebau Annalena Grobbel** und **M. A. Sozialwissenschaft Philipp Dreger**, sind „Eigengewächse“: beide haben als studentische Hilfskräfte bei uns angefangen und sich so positiv in unser Team eingebracht, dass wir sie gleich nach ihrem Examen fest angestellt haben. Annalena Grobbel und Philipp Dreger unterstützen uns vorwiegend im Bereich Quartiersmanagement, City-Management, Beteiligung und Moderation. **M. Sc. Sina Vielberg** (Stadt- und Regionalplanung) und **M. Sc. Lukas Finkeldei** (Humangeografie) haben bereits Berufserfahrung in anderen Büros sammeln können. Sie sind seit dem 1. März bei uns, und wir freuen uns sehr, dass wir sie gewinnen konnten. Sina Vielberg ergänzt das Team in der integrierten Stadtentwicklung, der vorbereitenden und verbindlichen Bauleitplanung, bei Gewerbeflächenkonzepten, aber auch im Quartiersmanagement. Lukas Finkeldei mit einem Bachelor in Kultureller Sozialpädagogik und viel Erfahrung in der Jugendbetreuung ist für das Quartiersmanagement mit Moderation und Beteiligung tätig.

Philipp Dreger



Lukas Finkeldei



Sina Vielberg



Neue Projekte

Es hat uns sehr positiv gestimmt, dass wir trotz der Krise viele neue Aufträge akquirieren konnten. Zu nennen sind hier Quartiersmanagement-Projekte in Köln-Porz und Geilenkirchen-Teveren, Integrierte Stadtentwicklungskonzepte für Nettetal-Kaldenkirchen, Wetter (Ruhr), Aachen-Nord, Krefeld-Fischeln und Kürten oder ein Gewerbeflächenentwicklungskonzept für die Stadt Viersen und diverse Bauleitplanungsprojekte.



Klima und Ressourcenschonung: Wir sind am Puls der Zeit

Wir beziehen Ökostrom, arbeiten – wenn es nicht papierlos möglich ist – mit Umweltpapier, fahren mit dem ÖPNV zu Terminen, und wenn das nicht geht, nutzen wir einen Car-Sharing-Anbieter. Ein Wassersprudler bereitet für uns das gute Kölner Wasser aus der Leitung auf, und Ökoprodukte wie z. B. Kaffee oder Milch verschönern uns den Start in den Tag. Nicht zuletzt ist auch unser europlan mit Öko-Druckfarben auf FSC-zertifiziertem Recyclingpapier gedruckt. All das tut dem Klima wohl, und uns natürlich auch.

Zurück in die Zukunft

Weitere Neuigkeiten gibt es von unserem „alten“ Domizil am Neumarkt. Die Sanierungsarbeiten schreiten voran, und wir freuen uns sehr, dass wir gegen Ende dieses Jahres wieder in die „neuen“ alten Räumlichkeiten einziehen können.



Dorothee Rodermann
**Stadt- und
Regionalplanung
Dr. Jansen GmbH**

Liebe Leser*innen, das war unser erster europlan im neuen Gewand. Wir hoffen sehr, dass er Ihnen ebenso gut gefällt wie uns. Lassen Sie uns gerne wissen, wie das neue Konzept bei Ihnen ankommt – bis zum nächsten Mal wünschen wir Ihnen eine gute Zeit, bleiben Sie gesund.

Ihr Team von
Stadt- und Regionalplanung
Dr. Jansen

KONTAKT UND IMPRESSUM

Herausgeber:

Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen GmbH

Neumarkt 49, 50667 Köln
vorübergehend: Ebertplatz 1, 50668 Köln
Telefon 02 21 / 94 07 2-0
Telefax 02 21 / 94 07 2-18

info@stadtplanung-dr-jansen.de
www.stadtplanung-dr-jansen.de

Redaktion: Dipl-Ingenieur Dominik Geyer, Dorothee Rodermann M. A.

Gestaltung/Layout: imagedesign | Astrid Sitz

Fotos/Karten: Umschlag: Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen GmbH; Portraits: Katja Irion; S. 4: Kartengrundlage: Geoserver der Landesdatenbank; Dr. Frank Lohrberg; S. 9: gangiskhan, Olesia Bilkei, Panama stock.adobe.com; S. 10/11: Luka Dakskobler; S. 12: Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen GmbH; sururu, Michael Walker stock.adobe.com; S. 13: ifeel-stock, RAYBON stock.adobe.com; S. 15 Cologne_Cam, stock.adobe.com

In europlan verzichten wir grundsätzlich wegen der besseren Lesbarkeit von Texten auf die Schreibweise „Innen“ für Bürger, Teilnehmer, Akteure etc. Selbstverständlich sind für uns immer gleichzeitig und chancengleich Männer und Frauen angesprochen.

© Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen GmbH



Stadt- und Regionalplanung

Dr. Jansen GmbH

